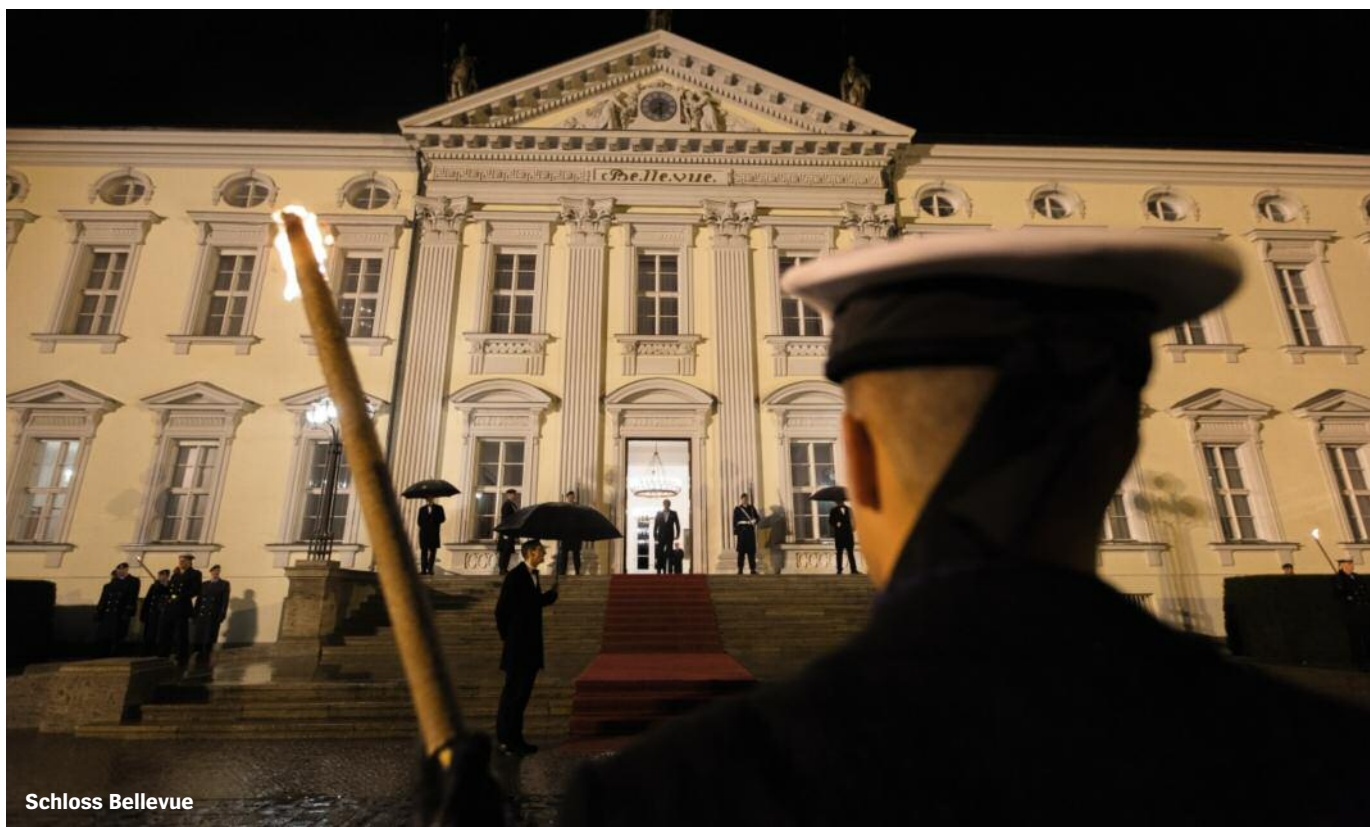




GUIDO OHLENBOSTEL / ACTION PRESS

Schloss Bellevue

Bundespräsident

Zimmer frei

Keiner will kandidieren: Die Union erwägt deshalb, einen eigenen Bewerber ins Rennen zu schicken.

Die Chancen für einen gemeinsamen Bundespräsidenten-kandidaten der schwarz-roten Koalition schwinden. Kanzlerin Angela Merkel zieht deshalb ernsthaft in Betracht, dass die Union einen eigenen Kandidaten für die Nachfolge von Joachim Gauck ins Rennen schickt. Bereits vor zwei Wochen machte sie SPD-Chef Sigmar Gabriel das Angebot, dass Union und SPD mit getrennten Bewerbern in die Bundesversammlung ziehen. Falls kein Kandidat im ersten Wahlgang die nötige absolute Mehrheit erziele, solle der unterlegene Bewerber darauf verzichten, im zweiten und dritten Wahlgang anzutreten. In dem Gespräch am 6. Oktober im Kanzleramt, an dem auch CSU-Chef Horst Seehofer teilnahm, ließ es Gabriel aber offen, ob er sich auf die Idee einlässt.

Die Suche nach einem Konsenskandidaten gestaltete sich äußerst schwierig. Die Union ließ über einen Emissär sondieren, ob der ehemalige Ratsvorsitzende der Evangelischen

Kirche in Deutschland (EKD), Wolfgang Huber, für das höchste Staatsamt bereitsteht. Der derzeitige EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm fragte an, kam aber mit der Botschaft zurück, dass der 74-jährige Huber aus familiären und gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung stehe. Zuvor hatte sich SPD-Chef Sigmar Gabriel schon eine Absage des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Andreas Voßkuhle, abgeholt. Allerdings gibt es in der Union die Hoffnung, dass sich Voßkuhle noch umstimmen lässt, sollte Kanzlerin Merkel persönlich vorstellig werden. Umgekehrt will offenbar Gabriel versuchen, Huber doch noch zu einer Kandidatur zu bewegen.

Ursprünglich wollte die Koalition bis Ende Oktober die Gauck-Nachfolge klären. Nun heißt es, dass die Entscheidung frühestens nach dem CSU-Parteitag Anfang November fallen wird. **rp**

Freihandelsabkommen Schärfer trennen

Das Europäische Parlament will ein Chaos wie bei der Verabschiedung des Freihandelsabkommens Ceta mit Kanada künftig vermeiden: Wenn die Kompetenzen der Mitgliedstaaten betroffen sind, sollen die EU-Staaten diese Vertragsinhalte selbst

verhandeln. „So vermeiden wir, dass ganze Abkommen wegen einiger weniger umstrittener Punkte blockiert werden“, sagt der CDU-Handelsexperte und -Europaabgeordnete Daniel Caspary. Zuletzt hatte das wallonische Regionalparlament gegen Ceta gestimmt. Dies war möglich, weil es sich wegen einiger Bestimmungen um

ein gemischtes Abkommen handelt: Die Zustimmung des Rates und des EU-Parlaments reicht nicht aus, auch die nationalen Parlamente müssen befasst werden. Ein ähnlicher Fall, das Abkommen mit Singapur, beschäftigt derzeit den Europäischen Gerichtshof. „Das Gefeilsche um Ceta ist nur der Höhepunkt einer jahrelangen Fehlentwicklung“,

sagt Caspary. „Das Handelsabkommen mit Kolumbien und Peru ist bereits seit Jahren vorläufig in Kraft, trotzdem warten wir noch immer darauf, dass die letzten EU-Staaten ratifizieren.“ Demnächst steht die Revision des Handelsabkommens mit Chile an, zudem werden Freihandelsverträge mit Australien und Neuseeland sondiert. **mp**